

BürgerInnenbrief **Mitte**

16. August 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Schwarz-Grün +++ Wohnungsmarkt +++ Notschlafstellen +++ Erneuerbare Zukunft +++ StadtRAD +++ Feiern! +++

Vor einem politischen Spagat der GAL



Wie wird die GAL entscheiden? Jens Kerstan und Christa Goetsch

In den nächsten beiden Wochen entscheidet sich das politische Schicksal der ersten schwarz-grünen Koalition auf Landesebene. Entweder sie wird – mit neuem Personal auf der Unionsseite – trotz allem fortgesetzt, oder – der unwahrscheinlichere Fall – das Bündnis zerbricht am Votum der grünen Parteibasis, die den Wechsel des Bürgermeisters nicht nachvollziehen mag. Neuwahl wäre die Konsequenz, und ein rot-grünes Bündnis, das in Umfragen derzeit auf eine klare Mehrheit kommt, wohl die Folge.

Während auf der Ebene der Bundespolitik ein rot-grünes Bündnis gegenüber der herrschenden schwarz-gelben Politik deutlich an Zustimmung gewonnen hat, zeigt die GAL in Hamburg ein deutliches Unbehagen, wenn nach einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie gefragt wird. Der Frak-

tionsvorsitzende in der Bürgerschaft, Jens Kerstan, stellt klar: »Mit der SPD würde die Umsetzung grüner Ideen nicht einfacher, sondern häufig sogar schwieriger werden. Schließlich hat die Partei den Umweltschutz in der Krise zu einem überflüssigen Luxus erklärt. In der Bürgerschaft stimmt die SPD bei wichtigen Umweltfragen regelmäßig gegen uns. Da stelle ich mir eine gute Grundlage für eine Koalition doch etwas anders vor... Bei der inneren Sicherheit versucht die SPD, die CDU rechts zu überholen, was bei uns derzeit nicht gerade für Glücksgefühle sorgt.«

Dass die Hamburger GAL vor dem Hintergrund ihrer Regierungserfahrungen mit der SPD nicht gerade erpicht auf Neuwahlen ist, kann nachvollzogen werden, denn die Hamburger SPD ist gemessen an der Bundespartei konservativer ausge-

richtet. Einigermaßen überraschend ist freilich, dass die GAL die Frage der Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition weitgehend auf eine personelle Frage reduziert. Es müsste auch darum gehen, welche politischen Projekte in Hamburg in den nächsten zwei Jahren realisiert werden sollen. Insbesondere könnte man auch von der GAL Aufklärung darüber erwarten, wie der Neustart von Schwarz-Grün mit der desolaten Lage der öffentlichen Finanzen fertig werden will. Auf Bundesebene hat die schwarz-gelbe Koalition ein massives Sparpaket auf den Weg gebracht, das vor allem die BürgerInnen trifft, die von Sozialtransfers existieren müssen oder wegen ihrer prekären Beschäftigungsverhältnisse auf ergänzende staatliche Leistungen angewiesen sind. Das Bundeskürzungspaket trägt deutlich die Handschrift der FDP: Die Kosten der Wirtschaftskrise, die Finanzspekulanten verursacht haben, sollen auf Familien und Geringverdiener abgewälzt werden. Vermögende und Besserverdienende hingegen bleiben verschont. Auch bei der Gesundheitsreform wird nicht im Interesse der Versicherten gehandelt.

Die Bundesgrünen nehmen zu Recht eine Rechtsentwicklung in der Union wahr und es ist keineswegs so, dass diese Tendenz in Hamburg keine Rolle spielt. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Jürgen Trittin, verweist dabei vor allem auf die Familien- und Umweltpolitik sowie auf Entwicklungen auf kommunaler Ebene. »Modernisierungsversuche der CDU unter der Vorsitzenden Angela Merkel in der Familien- und in der Umweltpolitik sind brutal gestoppt worden. Das Elterngeld wird für die Ärmsten der Armen zusammengestrichen, aber Hausfrauen sollen es weiter kriegen. Da entfernt sich die CDU von der Mitte der Gesellschaft und damit auch von den Grünen.« (Trittin im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16.8.2010, S. 2) Auch die Auseinandersetzung um die Verlängerung der Laufzeiten bei den Kernkraftwerken kann kaum als Einhaltung eines nach langen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gefundenen Kompromisses interpretiert werden. »Da ist schon ein Ruck nach rechts... Wahrscheinlich heißt das am Ende, dass wir eine stärkere Gewichtung haben werden für rot-grüne Zusammenarbeit.«

Auch die Bundesgeschäftsführerin der Grünen, Steffi Lemke, bringt die kritischen Themen, um die es in Hamburg geht, auf den Punkt: Auf die Frage nach den Chancen des nominierten Bürgermeisterkandidaten Christoph Ahlhaus antwortet sie: »Das hängt davon ab, ob er und die CDU mit dieser Regierung weiter ein Reformkonzept verfolgen, das klare grüne Inhalte hat: Klimaschutz, keine verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke, Eintreten für ein besseres und gerechteres Bildungssystem und natürlich eine liberale Bürgerrechtspolitik in Hamburg. Ob er für eine solche Politik steht, muss Herr Ahlhaus nun bekennen. Der Ball liegt erst einmal im Spielfeld der CDU, denn dort ist der Regierende Bürgermeister zurückgetreten, nicht bei uns.«

Die Frage allerdings, bei welcher Partei der Ball letztlich liegt, hilft wenig weiter. Die GAL hat zu entscheiden, ob es nach dem Neustart ein Reformkonzept gibt, das auch unter schwierigen Finanzbedingungen trägt, und mit dem die schwarz-grüne Regierungskoalition in Hamburg sich dem bundesweiten Rechtstrend der Union entziehen kann.

Diese Veränderungstendenz in den politischen Kräfteverhältnissen wird auch von einem Teil der CDU-Politiker registriert. So konstatiert Armin Laschet, bis vor kurzem CDU-Minister in Nordrhein-Westfalen: »Im Fünf-Parteiensystem muss die CDU offen sein für Bündnisse mit allen außer der Linkspartei. Wenn aber die Grünen diesen Weg weitergehen, wird es sehr schwierig. Mein Eindruck ist, dass wir einen Linkstrend erleben: Rot-Grün will mit Duldung der Linkspartei Stück für Stück in den Ländern und dann 2013 auch im Bund eine linke Mehrheit herstellen. Das muss bürgerlichen Wählern der Grünen bewusst sein.«

Es mag ja sein, dass der designierte Bürgermeister Ahlhaus sein Mitwirken in der Heidelberger Szene von rechtskonservativen schlagenden Verbindungen als Jugendsünde aufgearbeitet hat. Entscheidend für die weitere Zukunft der BürgerInnen in Hamburg ist allerdings, ob ein Neustart von Schwarz-Grün eine Verbesserung der Lebensverhältnisse bringt oder ob die Grünen sich in der Hansestadt bis zum Ende der Legislaturperiode abmühen werden, den Zug der hanseatischen CDU zum konservativen Milieu abzuschwächen.

Wohnungsmarkt erstarrt, Mieter nicht bedacht

Selbst die bürgerliche Presse zeigt sich zunehmend besorgt über die Lage auf dem Wohnungsmarkt: »Wegen der hohen Mieten«, so das Hamburger Abendblatt vom 9. August, »ziehen immer weniger Menschen um.« Die Umzugsquote ist in den vergangenen Jahren zurückgegangen, denn wer eine halbwegs erschwingliche Wohnung hat, wird den Teufel tun, sich auch nur mit Umzugsgedanken zu beschäftigen. Jede andere Wohnung ist angesichts des wachsenden Wohnungsdefizits, das sich unter anderem in immer länger werdenden Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen niederschlägt, beträchtlich teurer. Gab es im Jahre 2004 noch 117.776 Umzüge (= 6,5% der Bevölkerung), sank die Zahl bis 2009 auf 101.842

Umzüge (= 5,9%). Da die absehbaren neu gebauten jährlichen Wohnungen um etwa 50% (4.000) hinter den Erfordernissen (7.000-8.000) zurückbleiben, wird sich daran kaum etwas ändern. Notwendig wäre ein sehr gut ausgestattetes Wohnungsbauprogramm, von dem der Senat allerdings nach wie vor meilenweit entfernt ist.

Wie auch einige KollegInnen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion versuche ich, den Ursachen und Folgen des Wohnungsmangels auf die Spur zu kommen. Diesem Ziel dienen die vier Kleinen Anfragen, die ich vor wenigen Tagen an den Senat gerichtet habe. Eine dreht sich um dubiose Abrechnungspraktiken der Wohnungsbaukreditanstalt, eine zweite um



Laubenganghäuser in Dulsberg

die nötigen Konsequenzen aus der Installierung von neuen Sozialen Erhaltungsgebieten, eine weitere um das Stichwort »Vergabe von städtischen Liegenschaften nach Konzeptqualität« (und nicht mehr nur im Höchstgebotsverfahren) und eine vierte schließlich um das seltsame Miet- und Verkaufsgebar der SAGA GWG. Über die Antworten des Senats und die aus ihnen zu ziehenden Schlussfolgerungen werde ich in den nächsten BürgerInnenbriefen berichten.

Vorab geht es erneut um den Gegenstand der letztgenannten Kleinen Anfrage: Mir ist ein weiteres Mal bekannt geworden, dass Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen kräftig dabei ist, einen Teil seines Bestandes zu verhökern. Hatte ich vor einiger Zeit schon einmal mit Blick auf die Rolle der »HSH/PMC Immobilienmanagement GmbH« nachgehakt – diese Abteilung der HSH Nordbank verkauft Wohnungen der SAGA GWG an private InteressentInnen –, erfuhr ich jetzt von einem anderen Unternehmen (der »ISH Immobilienservice Hamburg e.K.«), das ebenfalls Geld damit verdient, Wohnungen aus dem städtischen Besitz an private EigentümerInnen zu veräußern. Konkret geht es dabei beispielsweise um ein Haus in der Stiftstraße 20 in St. Georg, dessen Wohnungen »im Bieterverfahren« (Höchstgebotsverfahren) angeboten werden.

Ich bin grundsätzlich dagegen, dass in Zeiten des wachsenden Mangels Wohnungen ausgerechnet aus städtischem Besitz verkauft werden. Mit sozialer Politik hat das gar nichts mehr zu tun. Die SAGA GWG sollte – nimmt man ihren ursprünglichen Auftrag ernst – vielmehr dafür Sorge tragen, dass ihr Bestand erhalten und eher ausgebaut wird, um mit wenigstens einigermaßen günstigen Wohnungen den Bedarf gerade bei GeringverdienerInnen abzudecken und damit preisreduzierend auf den Wohnungsmarkt einzuwirken. Stattdessen hat die SAGA GWG nach eigenen Angaben zwi-

schen 2003 und Anfang 2010 insgesamt 1.297 Wohnungen verkauft. Entgegen anders lautenden Ankündigungen, dies angesichts der sich zuspitzenden Lage abzustellen, wird munter weiter verkauft.

Gegen diese Tendenzen in der Wohnungspolitik wird sich DIE LINKE bundespolitisch, in der Stadt sowie in den Bezirken und Stadtteilen noch stärker aufstellen müssen. Nötig ist ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept, mit dem die Herausforderungen bezüglich des Grundrechts der Menschen auf eine angemessene und bezahlbare Wohnung bewältigt werden können.

Dabei sind wir auf die Zusammenarbeit mit fachkundigen ExpertInnen angewiesen, wie sie zum Beispiel im Hamburger Verein »Mieter helfen Mietern« aktiv sind, der am 20. August seinen 30. Geburtstag feiert [Herzlichen Glückwunsch!]. Ohne deren Arbeit würden viele Hamburger MieterInnen noch stärker im Regen stehen!

Das Thema »Mehr Wohnungen! – Aber wie?« ist Gegenstand einer Veranstaltung der »Patriotischen Gesellschaft von 1765«. Deren Arbeitsgruppe Stadtentwicklung lädt für den **8. September, um 18:30 Uhr**, in das **Haus der Patriotischen** (Trostbrücke 6) ein: Auf dem Podium diskutieren Wohnungsbaukoordinator Michael Sachs, Bezirksamtsleiter Dr. Torsten Sevecke, der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Bezirksversammlung Altona, Uwe Szczesny, Dr. Jan Behrendt von der Behrendt Wohnungsbau KG sowie Ulrich Stallmann, der Vorsitzende des Arbeitskreises Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften e.V. Die Interessen Hamburger MieterInnen finden auf dem Podium keine Berücksichtigung – weder VertreterInnen vom »Mieterverein zu Hamburg«, »Mieter helfen Mietern« oder gar des Netzwerks »Recht auf Stadt« sind eingeladen. Aber die Debatte kann und muss offenbar auch aus dem Publikum heraus geführt werden.

Von Obdachlosigkeit und Notschlafstellen



Sieht so Menschenwürde aus?

Dass in einer der »reichsten Städte Deutschlands« aufgrund der wachsenden Obdachlosigkeit mehr Notschlafstellen und vor allem Einzelzimmer her müssen, ist seit Jahren bekannt. Doch die Realität sieht anders aus, wie die Antwort des Senats auf meine Kleine Anfrage (siehe BürgerInnenbrief vom 2.8.2010) deutlich macht. Sie bestätigt meine Befürchtungen: Für die Übernachtungsstätte »Pik As« in der Neustädter Straße mit einer Sollstärke von 190 Plätzen werden zumindest punktuelle Überlastungen im Winter und im Mai 2010 eingeräumt. Aber auch die Einrichtung »Frauenzimmer« in der Hinrichsenstraße mit lediglich 20 Plätzen ist »seit Mitte März 2010« deutlich überbelegt. Im Klartext: Trotz warmen Wetters reichen die Notschlafplätze schon seit längerem nicht aus. Auf meine konkrete Frage, wie sich die Qualitätsminderung in den Einrichtungen infolge Überbelegung auswirkt, antwortete der Senat lapidar: »In der Frauenübernachtungsstätte stehen durchschnittlich pro Person entsprechend weniger Aufenthaltsflächen und Sanitärausstattung zur Verfügung. Dieses wird teilweise – z.B. durch intensivere bzw. häufigere Reinigung – aufgefangen.« Überbelegt? Offensichtlich kein Problem, dann wird eben intensiver und häufiger geputzt... Ob dieses offiziellen Zynismus bleibt einem dann doch der Atem weg.

Bereits vor einem Jahr legte die Sozialbehörde die empirische Studie »Obdachlose, auf der Straße lebende Menschen in Hamburg 2009« vor, ein aussagekräftiges Dokument, das im Netz eingesehen werden kann (<http://www.hamburg.de/obdachlosigkeit/1715490/obdachlosenstudie-hamburg-2009.html>). In Frage gestellt werden kann zwar immer noch die Zahl von »lediglich« 1.029 auf der Straße lebenden Menschen – SzenekennerInnen gehen von einer weitaus größeren Anzahl aus –, aber viele in der Untersuchung vorgenommene Schlussfolgerungen können unterstützt werden. Zu ihnen gehört die Erkenntnis, dass »aus der Obdachlosigkeit herausführende Hilfen in Form von Wohnangeboten entweder in einem zu geringen Maße vorhanden sind oder von den anvi-

sierten Nutzer(innen) in einem zu geringen Maße angenommen werden. (...) Gerade die akut auf der Straße lebenden Menschen würden die Angebote der Notübernachtungsstätten und Wohnunterkünfte eher nutzen, wenn es mehr Einzelzimmer geben würde. Dieses wurde bereits in der Befragung 2002 ermittelt. Denn viele Obdachlose geben an, lieber auf der Straße zu wohnen, als in einem Mehrbettzimmer zu übernachten.« (S. 98)

Obwohl das Problem schon länger bekannt ist, bewegt sich in der Stadt auch in dieser Hinsicht wenig. Wenn – wie die Senatsantwort ebenfalls zeigt – nun bereits im Sommer Übernachtungsengpässe bei den quasi-städtischen Einrichtungen von »fördern & wohnen« entstehen, wie soll das bei mangelnder Ausweitung der Kapazitäten erst im Winter aussehen? Es ist dringend erforderlich, die Zahl der Notschlafstellen (vor allem für Frauen) kurzfristig zu erweitern, und ebenso wichtig wäre es, das »in Planung« befindliche Wohncontainer-Projekt des Vereins »Kemenate Frauen Wohnen e.V.« beschleunigt voranzutreiben.

In Sachen »Menschenwürde« stellt sich die Situation in den beiden Übernachtungsstätten nach den Angaben des Senats wie folgt dar: Im »Pik As« gibt es 26 Einzel-, 10 Doppel- und immer noch 28 Vierbettzimmer nebst 4 Notaufnahmезimmern mit jeweils acht Betten. In der Hinrichsenstraße dagegen sind für Frauen überhaupt keine Einzelzimmer vorgesehen. Hier stehen nur jeweils 4 Doppel- bzw. Dreibettzimmer zur Verfügung, wobei ein Doppelzimmer zusätzlich mit Stockbetten und/oder Matratzen ausgestattet werden kann, um Überbelegungen aufzufangen.

Vermutlich ist der akute Mangel an Übernachtungsplätzen noch viel größer, als die offiziellen Zahlen der (Über-) Belegung hergeben. Die Stadt muss endlich die Konsequenzen aus den Ergebnissen eigener Studien ziehen: Wir brauchen mehr Übernachtungskapazitäten und Notschlafstellen jetzt, insbesondere für Frauen und vor allem in Form von die Menschenwürde respektierenden Einzelzimmern!

Erneuerbare Zukunft ohne Atomkraft

Unter dem Titel »Die Zukunft ist erneuerbar! Atomkraft abschalten!« findet am 3. und 4. September in der Altonaer »Fabrik« (Barnerstraße 36) eine energiepolitische Konferenz statt. Getragen wird sie von sechs Landtags- und der Bundestagsfraktion der LINKEN. Nicht zufällig findet diese Tagung in Hamburg statt, einer ehemals und noch immer starken Hochburg der Anti-AKW-Bewegung, die seit Jahrzehnten gegen die (Schrott-)Meiler Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel Sturm läuft.

Die Energiekonferenz findet zudem in einer Situation statt, in der die schwarz-gelbe Bundesregierung sich förmlich darin überbietet, die Laufzeiten der AKWs über das vereinbarte Ende hinaus verlängern zu wollen – vorneweg Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), der gleich für gänzlich »unbegrenzte« Verhältnisse plädiert. Das wird erneut schärfste Proteste hervorrufen, die auch auf der Konferenz der LINKEN unüberhörbar sein werden – ist sie doch auch ein Beitrag zur Vorbereitung der Großdemonstration am 18. September in Berlin und der Anti-Castor-Blockaden im November.

Zugleich geht es in den Fachvorträgen des Abgeordneten-duos Klaus-Rainer Rupp/Kurt Herzog (»Atomwirtschaft am Ende?«) und des Chefs von »Eurosolar«, Hermann Scheer (»Erneuerbare Energie Jetzt!«), sowie in den diversen Foren und Arbeitsgruppen um die notwendige Energiewende. Für die HamburgerInnen interessant sind sicherlich zudem die Foren »Rekommunalisierung: Energiekonzerne entmachten!« und »Stadtwerke der Zukunft: sozial, ökologisch, demokratisch!« (Samstag, 4. September, von 11:30 bis 13:00 Uhr); in Letzterem werde ich gemeinsam mit Alexis Passadakis (attac), Peter Fuchs (WEED) und Monika Bricke (die klima-allianz) diskutieren. Die Konferenz beginnt am Freitag, den 3. September, um

19:00 Uhr (mit einem Eröffnungspodium u.a. mit der Vorsitzenden von DIE LINKE, Gesine Lötzsch) und endet am Samstag mit einer energiepolitischen Hafentour der »Hafengruppe Hamburg« (19:30-21:30 Uhr). Ab 22 Uhr heißt die Parole dann: »Tanz die Nacht: Energien Erneuern!« Das Gesamtprogramm findet sich im Internet unter www.linksfraktion-hamburg.de/energiekonferenz. Anmeldung und mündliche Information unter Tel. 42 831-23 10.

Die Zukunft ist erneuerbar!

Atomkraft abschaffen!

**Energiekonferenz
3./4. September**

**„Die Fabrik“
Hamburg-Altona**

Kontakt: energiekonferenz@linksfraktion-hamburg.de
Infos: www.linksfraktion-hamburg.de/energiekonferenz

Gestaltung: www.drees.net
V.i.S.d.P. Roman Dierac, Fraktion DIE LINKE, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

DIE LINKE.
Fraktionen im hessischen, niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Landtag, der bremischen und hamburgischen Bürgerschaft und im Bundestag

StadtRAD auf gutem (schlechtem Fahrrad-)Weg



StadtRAD: Erfolgreiches Verkehrsprojekt

Manchmal kommt das eben vor: Urlaubsbedingt waren die Behörden in den letzten Wochen ein wenig ausgedünnt. Auch die KollegInnen von der Parlamentsdokumentation kamen kaum hinterher und stellten die Drucksachen teilweise mit erheblicher Verzögerung ins Netz. Dadurch hatte ich die Senatsantwort auf eine Große Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion zum Thema StadtRAD früher als die meisten christdemokratischen Abgeordneten – und kommentierte sie in einer Pressemitteilung, bevor sie die Initiatoren der Anfrage selbst bewerten konnten. Ein »schwerer Fehler« im ungeschriebenen Kodex des Rathauses... Ich habe mich entschuldigt, aber in der Sache sollte die schwarz-grüne Koalition doch doppelt zufriedener sein, dass ein Vertreter der LINKEN diesem verkehrspolitischen Projekt weitgehend zustimmt.

Bilanziert wird mit der CDU-Anfrage bzw. der Senatsantwort erstmals das vor gut einem Jahr eingeführte Leihfahrrad-Modell in Hamburg. Danach sind bis zum 25.7.2010 bei »StadtRAD Hamburg« 62.342 Anmeldungen vorgenommen worden, an den mittlerweile 71 Entleihstationen mit 1.590 Abstellplätzen und 1.094 Fahrrädern »im operativen Betrieb« konnten insgesamt 710.131 Ausleihungen registriert werden. 80% der KundInnen nutzen das Rad im kostenfreien Bereich (bis zu maximal 30 Minuten), davon 55% »überwiegend im Freizeitverkehr«, 34% »sowohl im Freizeitverkehr als auch im Berufs-/Geschäftsverkehr«, 6% »überwiegend im Berufs-/Geschäftsverkehr« und 5% »als Tourist zur Stadterkundung«. 29% haben ihren Wohnsitz außerhalb Hamburgs und nutzen das StadtRAD als »Touristen, Pendler oder Besucher aus der Metropolregion«. 50% kombinieren die Leihräder »regelmäßig« mit dem ÖPNV, 33% tun dies »gelegentlich« und 18% gar nicht. Die geringe Zahl von 40 Beschwerden bei der Hotline von Januar bis Juni 2010, lediglich zwei vermisste und vier

wegen eines Totalschadens aus dem Verkehr gezogene Räder sprechen für die Robustheit des Systems.

StadtRAD ist tatsächlich eines der wenigen erfolgreichen verkehrspolitischen Vorhaben des grün-schwarzen Senats. Auch wenn anfangs und auch jetzt noch viele Menschen Schwierigkeiten mit der Anmeldung haben, ist das Modell im Wesentlichen gelungen. Ein Teil der NutzerInnen hat auf das Auto verzichtet und ist punktuell auf das umweltfreundliche und gesundheitsfördernde Fahrradfahren umgestiegen.

Ein gutes Modell ist verbesserungsfähig, insofern sollte die Zahl der Entleihstationen und der StadtRÄDER systematisch erhöht werden, insbesondere an zentralen Orten außerhalb des innerstädtischen Einzugsgebiets. Wichtig wäre auch, das Einchecken an der Entleihstation zu vereinfachen und die kostenfreie Entleihmöglichkeit von einer halben auf ein bis zwei Stunden auszuweiten, denn die danach anfallenden Kosten sind schon nach recht kurzer Zeit beträchtlich. Der Anteil der FahrradfahrerInnen würde durch die Ausweitung der kostenfreien Nutzung weiter anwachsen, was eine Abnahme der Autofahrten und der Abgas- und Lärmemissionen zur Folge hätte. Dies wäre ein wirklich nachhaltiger Beitrag zur »Klimastadt Hamburg«. Angegangen werden müsste allerdings ebenfalls die Renovierung der teilweise unzumutbaren und gefährlichen Fahrradwege. Und es sollten konsequent Fahrradstreifen am Rande der Straßen gebaut werden.

Der Weg, mit dem StadtRAD die Verkehrssituation in Hamburg zu verbessern und die mit dem Individualverkehr einhergehenden Belastungen zu reduzieren, war richtig und wird von der LINKEN grundsätzlich unterstützt. Nun heißt es allerdings auch, Konsequenzen aus den positiven Erfahrungen zu ziehen und das Projekt bei den benannten Punkten zu optimieren und auszubauen.

Kultur Tipp: Feste feiern!



Schanzenfest 2009

Zwei traditionelle politische Stadtteilfeste werfen ihre Schatten voraus: das »Methfesselfest« und das »Schanzenfest« – in diesem Jahr am gleichen Wochenende.

Das **Methfesselfest** in Eimsbüttel war seit den 1980er Jahren eine der großen, von der DKP organisierten Veranstaltungen. Das immer gut besuchte Fest wurde seit 1995 von einer Initiative interessierter AnwohnerInnen weitergeführt und findet in diesem Jahr in dieser Trägerschaft **vom 3. bis 5. September** bereits zum 15. Mal statt. Es ist traditionell das Fest der Initiativen Eimsbüttels, das sich seiner »Geschichte« keineswegs schämt und unverändert Flagge zeigt: Es soll deutlich werden, »dass ein anderes Leben möglich ist. Beziehen wir mit Vergnügen Position gegen den Klassenkampf von oben!« Die BesucherInnen erwarten »brandheiße Informationen« von Initiativen, Gruppen und Einrichtungen, Live-Musik, Lesungen, ein Spielfest, reichlich Verpflegungsstände und mehrere Podiumsdiskussionen. Zu Beispiel am Sonntag, den 5. September, von 12 bis 14 Uhr zum Thema »Recht auf Stadt – Bezahlbarer Wohnraum für Alle«. Moderiert von Burkhard Plemper streiten miteinander: der neue Wohnungsbaukoordinator Michael Sachs), der ebenfalls erst seit kurzem im Amt tätige Bezirksamtsleiter Eimsbüttel, Torsten Sevecke, ein Kollege der IG Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) sowie Andy Enroe von der AG Mieten und Wohnen im Netzwerk »Recht auf Stadt«.

Am **Samstag, den 4. September**, wird das **Schanzenfest** wieder viele sozial engagierte Menschen aus der ganzen Stadt in die Straßen rund um das Schulterblatt im Stadtteil Sternschanze ziehen. Das Motto 2010 lautet: »Für die Aneignung

des öffentlichen Raumes! Gegen Repression und Vertreibungspolitik!« Die Schanze organisiert ihr alternatives Volksfest auf der Straße »von unten«: natürlich gibt es auch hier Essen & Trinken, laute Musik und andere Vergnügen, aber vor allem stellen NachbarInnen ihre Tische vor die Tür, Flohmarktstände werden ohne Ordneranweisungen und Kosten aufgebaut, Musik macht, wer Lust hat, Stände aller möglichen Gruppen veranschaulichen die bunte und höchst politisch ausgerichtete Initiativenvielfalt der umliegenden Quartiere. In den Debatten geht es u.a. um die vor allem von der SPD-Mitte gepushte Music-Hall auf dem ehemaligen Realmarkt-Gelände, die drohende Räumung der Roten Flora, um Schulterblatt-Piazza, Susannenstraßen-Außengastro und 40 seit längerem leer stehende Wohnungen im Viertel. Alles funktioniert bestens, ohne dass irgendjemand das Fest anmelden möchte... Dem schwarz-grünen Senat ist das Schanzenfest ein Dorn im Auge ist, vor allem dem Law-and-Order-Mann und designierten Ersten Bürgermeister Christoph Ahlhaus, der es in diesem Jahr am liebsten gleich ganz verbieten möchte. Auch Jürgen Warmke-Rose, der Leiter des Bezirksamtes Altona, zu dem der Stadtteil Sternschanze gehört, glaubt mit Verbotsdrohungen im Vorfeld wegen »fehlender Anmelde« sein »Gesellenstück« als mögliches zukünftiges Senatsmitglied, womöglich gar als neuer Innensenator, ablegen zu müssen. Diesem kleinkarierten Ansinnen stellen sich nicht nur die AnwohnerInnen, sondern auch das Netzwerk »Recht auf Stadt« und diverse Gruppen aus ganz Hamburg entgegen. Ein Grund mehr, dem Schanzenfest einen Besuch abzustatten!

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**